

Gedenkstättenrundbrief

Nr. 16

Oktober 1986



Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.

Gedenkstättenreferat

Inhaltsverzeichnis:

<u>A Vorbemerkung</u>	3
<u>B Zur Diskussion</u>	
- Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will	4
- Hr. Hasselmann, nieders. Minister des Inneren: Antwortschreiben auf einen Brief der Gedenkstätte Neuengamme bzgl. des "Heimatgeschichtlichen Wegweisers, Niedersachsen, Bd. 1"	6
<u>C Infos, News</u>	
Berlin:	
- "Ein Bild der Verdrängung und Verschüttung" - Spurensuche in der ehem. Prinz-Albrecht straße	8
- "Haus der Wannsee-Konferenz wird endgültig Gedenkstätte	9
- ""Gedenkstätte Deutscher Widerstand" in neuer Gestalt"	10
- "Gespräche stehen im Vordergrund" - Treffen ehem. Zwangsarbeiter in Hess. Lichtenau	13
- Emsland: Auf der Suche nach den Moorsoldaten	13
- Aktionskomitee stellt in Börgermoor Informations- tafel auf	14
- Außenlager Neugraben des KZ Neuengamme	15
- R. Wassermann: Zum Tode von Adalbert Rückerl	17
<u>D Veranstaltungen</u>	
- Ein Projekttag im ehemaligen KZ Neuengamme - ein kontinuierliches Angebot der ASF-Freiwilligen	20
- "Aufmachen Geheimpolizei" - eine Ausstellung der amnesty international in Wewelsburg	20
<u>E Literaturhinweise</u>	20
<u>F Beilagen</u>	
- Aktion Sühnezeichen (Hg.): Synopse "Mahmal für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft" in Bonn	
- Einladung und Programm: Gedenkstättenseminar vom 20.-23. November in Walberberg/Bonn	

A Vorbemerkung

Es ist schon sehr erstaunlich, wie Geschichte interpretiert werden kann.

In der Rubrik "Zur Diskussion" ist hierzu ein Artikel des Berliner Zeitgeschichtlers Ernst Nolte abgedruckt, in dem dieser sich mit der "Vergangenheitsbewältigung" auseinandersetzt.

Des weiteren ist dort ein Brief des neuen niedersächsischen Innenministers, Herrn Hasselmann, aufgenommen, in dem er sich mit der Würdigung des "Heimatgeschichtlichen Wegweisers zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-45, Niedersachsen, Band 1" im letzten Verfassungsschutzbericht, und den Protesten dagegen, befasst.

Ist hier ein Antwortschreiben an die Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme abgedruckt, so könnten diese auch mit ähnlichen Schreiben an Aktion Sühnezeichen oder andere Organisationen ausgetauscht werden.

Die beiden Beilagen befassen sich mit dem Thema des nächsten Gedenkstättenseminars.

Die Synopse zum Umgang mit den Planungen einer nationalen Mahn- und Gedenkstätte soll als Vorbereitungsmaterial zum nächsten Seminar dienen.

In Bonn sollten wir versuchen, zu einer einheitlichen Stellungnahme der Gedenkstätten zu diesem Problem zu gelangen und auch "die Öffentlichkeit" darauf aufmerksam machen.

Impressum:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
- Gedenkstättenreferat -
Redaktion: Thomas Lutz

Jebensstraße 1
1000 Berlin 12

Tel.: 030 - 31 02 61

Spendenkonten:

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103

Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 00

Vergangenheit, die nicht vergehen will

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von Ernst Nolte

Der vorliegende gekürzte Text war dazu bestimmt, bei den diesjährigen Frankfurter Römerberggesprächen zum Thema „Politische Kultur — heute?“ vorgetragen zu werden. Aus unbekannten Gründen wurde die Einladung nicht aufrechterhalten. Wir meinen, daß diese Überlegungen der Diskussion nicht entzogen werden sollten.

Mit der „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, kann nur die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen oder Deutschlands gemeint sein. Das Thema impliziert die These, daß normalerweise jede Vergangenheit vergeht und daß es sich bei diesem Nicht-Vergehen um etwas ganz Exzeptionelles handelt. Andererseits kann das normale Vergehen der Vergangenheit nicht als ein Verschwinden gefaßt werden. Das Zeitalter des Ersten Napoleon etwa wird in historischen Arbeiten immer wieder vergegenwärtigt und ebenso die Augusteische Klassik. Aber diese Vergangenheiten haben offenbar das Bedrängende verloren, das sie für die Zeitgenossen hatten. Eben deshalb können sie den Historikern überlassen werden. Die nationalsozialistische Vergangenheit dagegen unterliegt — wie kürzlich noch Hermann Lübbe hervorgehoben hat — anscheinend diesem Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtswert über der Gegenwart aufgehängt ist.

Schwarz-Weiß-Bilder

Dafür gibt es gute Gründe. Je eindeutiger sich die Bundesrepublik Deutschland und die westliche Gesellschaft überhaupt zur „Wohlstandsgesellschaft“ entwickeln, um so befremdender wird das Bild des Dritten Reiches mit seiner Ideologie der kriegerischen Opferbereitschaft, der Maxime „Kanonen statt Butter“, der bei Schulfesten im Chor herausgeschmetterten Edda-Zitate wie „Unser Tod wird ein Fest“. Alle Menschen sind heute Gesinnungspazifisten, aber sie können gleichwohl nicht aus sicherer Distanz auf den Bellizismus der Nationalsozialisten blicken, denn sie wissen, daß die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte, und so bleibt eine tiefe Unsicherheit, die den Feind lieber im Eindeutigen anklagt als in der Verwirrung der Gegenwart.

Ähnliches gilt für den Feminismus: Im Nationalsozialismus war der „Männlichkeitswahn“ noch voll von provozierendem Selbstbewußtsein, und in der Gegenwart neigt er dazu, sich zu verleugnen und zu verstecken — der Nationalsozialismus ist also der gegenwärtige Feind in seiner letzten noch ganz unverkennbaren Erscheinungsform. Der Anspruch Hitlers auf „Weltherrschaft“ muß sich um so ungeheuerlicher ausnehmen, je unzweideutiger sich herausstellt, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik allenfalls die Rolle eines

Staates von mittlerer Größenordnung spielen kann — „Harmlosigkeit“ jedoch wird ihr gleichwohl nicht attestiert, und an vielen Stellen ist die Befürchtung noch lebendig, sie könne zwar nicht zur Ursache, aber doch zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkriegs werden. Mehr als alles andere trug indessen die Erinnerung an die „Endlösung“ zum Nichtvergehen der Vergangenheit bei, denn die Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen mußte um so unaßbarer werden, je mehr die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Gesetzgebung sich der Vorhut unter den humanitären Staaten hinzugesellte. Aber Zweifel blieben eben auch hier, und zahlreiche Ausländer glaubten und glauben ebenso wenig wie viele Deutsche an die Identität von „pays légal“ und „pays réel“.

Aber war es wirklich nur die Verstocktheit des „pays réel“ der Stammtische, die diesem Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebt und einen „Schlußstrich“ gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangenheiten unterscheide?

Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender „Auseinandersetzung“ mit dem Nationalsozialismus aufrichten? Ich führe einige dieser Argumente oder Fragen an, um dann einen Begriff desjenigen „Verfehlens“ zu entwickeln, das nach meiner Auffassung das entscheidende ist, und diejenige „Auseinandersetzung“ zu umreißen, die von einem „Schlußstrich“ ebenso weit entfernt ist wie von der immer wieder beschworenen „Bewältigung“.

Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von „Interessen“ sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind, etwa die Interessen einer neuen Generation im uralten Kampf gegen „die Väter“ oder auch die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.

Die Rede von der „Schuld der Deutschen“ übersieht allzu geflissentlich die Ähnlichkeit mit der Rede von der „Schuld der Juden“, die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen „die Deutschen“, die von Deutschen kommen, sind unaufrecht, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.

Die der „Endlösung“ gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab wie etwa der Tötung „lebensunwerten Lebens“ und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart — etwa denjenigen des Seinscharakters von „ungebornem Leben“ oder des Vorliegens von „Völker-

mord“ gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.

Das Nebeneinander dieser zwei Argumentationsreihen, von denen die eine im Vordergrund steht, aber sich doch nicht vollständig durchsetzen konnte, hat zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann.

Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Sprecher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von „Antisemitismus“ aufgebauscht, als wäre jede Erinnerung an den genuinen und keineswegs schon nationalsozialistischen Antisemitismus der Weimarer Zeit verschwunden, und um die gleiche Zeit läuft im Fernsehen der bewegende Dokumentarfilm „Shoah“ eines jüdischen Regisseurs, der es in einigen Passagen wahrscheinlich macht, daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab.

Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der „Aufrechnung“ und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeuten haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten.

Für den Historiker ist eben dies die beklagenswerteste Folge des „Nichtvergehens“ der Vergangenheit: daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden.

Genau diese Regel aber erscheint in ihrer Anwendung auf das Dritte Reich „volkspädagogisch gefährlich“. Könnte sie nicht zu einer Rechtfertigung Hitlers oder mindestens zu einer „Exkulpation der Deutschen“ führen? Zieht dadurch nicht die Möglichkeit herauf, daß die Deutschen sich wieder mit dem Dritten Reich identifizieren, wie sie es ja in ihrer großen Mehrheit mindestens während der Jahre 1935 bis 1939 getan haben, und daß sie die Lektion nicht lernen, die ihnen von der Geschichte aufgetragen worden ist?

Darauf läßt sich in aller Kürze und apodiktisch antworten: Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945. Daß die Deutschen aus der Geschichte Lehren ziehen, wird nicht

durch die Historiker und Publizisten garantiert, sondern durch die vollständige Veränderung der Machtverhältnisse und durch die anschaulichen Konsequenzen von zwei großen Niederlagen. Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls „antifaschistisch“ sein dürfte.

Es ist richtig, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, über die Ebene der Polemik hinauszukommen und ein objektiveres Bild des Dritten Reiches und seines Führers zu zeichnen; es genügt, die Namen von Joachim Fest und Sebastian Haffner zu nennen. Beide haben aber in erster Linie den „innerdeutschen Aspekt“ im Blick. Ich will im folgenden versuchen, anhand einiger Fragen und Schlüsselworte die Perspektive anzudeuten, in der diese Vergangenheit gesehen werden sollte, wenn ihr jene „Gleichbehandlung“ widerfahren soll, die ein prinzipielles Postulat der Philosophie und der Geschichtswissenschaft ist, die aber nicht zu Gleichsetzungen führt, sondern gerade zur Herausstellung von Unterschieden.

Erhellende Schlüsselworte

Max Erwin von Scheubner-Richter, der später einer der engsten Mitarbeiter Hitlers war und dann im November 1923 bei dem Marsch zur Feldherrnhalle von einer tödlichen Kugel getroffen wurde, war 1915 als deutscher Konsul in Erzerum tätig. Dort wurde er zum Augenzeugen jener Deportationen der armenischen Bevölkerung, die den Anfang des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts darstellten. Er scheute keine Mühe, den türkischen Behörden entgegenzutreten, und sein Biograph schließt im Jahre 1938 die Schilderung der Vorgänge mit folgenden Sätzen: „Aber was waren diese wenigen Menschen gegen den Vernichtungswillen der türkischen Pforte, die sich sogar den direktesten Mahnungen aus Berlin verschloß, gegen die wölfische Wildheit der losgelassenen Kurden, gegen die mit ungeheurer Schnelligkeit sich vollziehende Katastrophe, in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte?“

Niemand weiß, was Scheubner-Richter getan oder unterlassen haben würde, wenn er anstelle von Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete gemacht worden wäre. Aber es spricht sehr wenig dafür, daß zwischen ihm und Rosenberg und Himmler, ja sogar zwischen ihm und Hitler selbst ein grundlegender Unterschied bestand. Dann aber muß man fragen: Was konnte Männer, die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen, als „asiatisch“ empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollere Natur zu initiieren? Es gibt erhellende Schlüsselworte. Eins davon ist das folgende:

Als Hitler am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad erhielt, sagte er in der Lagebesprechung gleich voraus, daß einige der gefangenen Offiziere in der sowjetischen Propaganda tätig werden

würden: „Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den ‚Rattenkäfig‘ vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen...“

Die Kommentatoren geben die Erläuterung, mit „Rattenkäfig“ sei die Lubjanka gemeint. Ich halte das für falsch.

In George Orwells „1984“ wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des „Großen Bruders“ nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlobte zu verleugnen und damit auf seine Menschenwürde Verzicht zu tun. Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt. Der Vernehmungsbefehl droht, den Verschluss zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen. Diese Geschichte hat Orwell nicht erdichtet, sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg, unter anderem bei dem als verlässlich geltenden Sozialisten Melgunow. Sie wird der „chinesischen Tscheka“ zugeschrieben.

Archipel GULag und Auschwitz

Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als „feindlich“ erachteter Menschen.

Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der „weiße Terror“ fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten „Ausrottung der Bourgeoisie“ geben konnte. Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen: Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine „asiatische“ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer „asiatischen“ Tat betrachteten? War nicht der „Archipel GULag“ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der „Klassenmord“ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des „Rassenmords“ der Nationalsozialisten? Sind Hitlers heimliche Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den „Rattenkäfig“ nicht vergessen hatte? Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?

Man braucht das verschollene Buchlein von Melgunow nicht gelesen zu haben, um solche Fragen zu stellen. Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit gescheut, sie zu stellen. Sie gelten als antikomunistische Kampffthesen oder als Pro-

dukte des kalten Krieges. Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszuspüren, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Die Bedenken wären nur dann berechtigt, wenn man bei diesen Tatbeständen und Fragen stehenbliebe und sie nicht ihrerseits in einen größeren Zusammenhang stellte, nämlich in den Zusammenhang jener qualitativen Brüche in der europäischen Geschichte, die mit der industriellen Revolution beginnen und jeweils eine erregte Suche nach den „Schuldigen“ oder doch nach den „Urhebern“ einer als verhängnisvoll betrachteten Entwicklung auslösten. Erst in diesem Rahmen würde ganz deutlich werden, daß sich trotz aller Vergleichbarkeit die biologischen Vernichtungsaktionen des Nationalsozialismus qualitativ von der sozialen Vernichtung unterschieden, die der Bolschewismus vornahm. Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord „gerechtfertigt“ werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.

Wer sich diese Geschichte nicht als Mythologem, sondern in ihren wesentlichen Zusammenhängen vor Augen stellt, der wird zu einer zentralen Folgerung getrieben: Wenn sie in all ihrer Dunkelheit und in all ihren Schrecknissen, aber auch in der verwirrenden Neuartigkeit, die man den Handelnden zugute halten muß, einen Sinn für die Nachfahren gehabt hat, dann muß er im Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens bestehen. Das sollte zugleich die entschiedene Hinwendung zu allen Regimen einer freiheitlichen Ordnung bedeuten, einer Ordnung, welche die Kritik zuläßt und ermutigt, soweit sie sich auf Handlungen, Denkweisen und Traditionen bezieht, also auch auf Regierungen und Organisationen aller Art, die aber die Kritik an Gegebenheiten mit dem Stigma des Unzulässigen versehen muß, von denen die Individuen sich nicht oder nur unter größten Anstrengungen lösen können, also die Kritik an „den“ Juden, „den“ Russen, „den“ Deutschen oder „den“ Kleinbürgern. Sofern die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gerade von diesem kollektivistischen Denken geprägt ist, sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden. Es ist nicht zu leugnen, daß dann Gedankenlosigkeit und Selbstzufriedenheit uns sich greifen könnten. Aber das muß nicht so sein, und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden. Eine umfassendere Auseinandersetzung, die vor allem im Nachdenken über die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bestehen müßte, würde die Vergangenheit, von der im Thema die Rede ist, zwar eben so zum „Vergehen“ bringen, wie es jeder Vergangenheit zukommt, aber sie würde sie sich gerade dadurch zu eigen machen.

Der Niedersächsische Minister
des Innern

3000 Hannover 1, 24. Juli 1986
Lavesallee 6

KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Dokumentenhaus -
Neuengammer Heerweg

2050 Hamburg 80

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem Herr Minister Dr. Möcklinghoff nicht mehr in sein Amt zurückgekehrt ist, möchte ich Ihnen als neuer Niedersächsischer Minister des Innern auf Ihr Schreiben vom 21. Juni antworten:

Ihr engagierter Brief hat mich betroffen gemacht: wie kann es angehen, daß so aufgeschlossene Menschen wie Sie nicht erkennen, daß die zweifellos beeindruckende, von vielen Menschen mit Fleiß und Eifer zusammengetragene und an sich höchst notwendige Zusammenstellung der nationalsozialistischen Greuelthaten in Band Niedersachsen I - und nur der war gemeint im Verfassungsschutzbericht 1985 - mißbraucht wird, um zum Teil sehr unerschwinglich, zum Teil aber auch dick aufgetragen, einer anderen Sache zu dienen, die in ihrer Menschenfeindlichkeit auch nichts zu wünschen übrig läßt, nämlich dem Kommunismus? Ich zitiere nur von Seite 74 des "Heimatgeschichtlichen Wegweisers" die Begründung der Celler SPD Fraktion zu ihrer ablehnenden Haltung, eine Straße nach einem unter Hitler verfolgten KPD-Mitglied zu benennen, "daß in der politischen Realität nahezu keine Unterschiede zwischen ihm (dem Kommunismus) und dem Faschismus auszumachen sind".

Darum geht es doch und nicht darum, wie Sie polemisch unterstellen, daß "der deutsche Widerstand um seinen kommunistischen Anteil reduziert" werden soll. Es ist doch einfach historisch unwahr, daß es in den Jahren der Machtergreifung durch Adolf Hitler eine "antifaschistische Abwehrfront" gegeben habe oder gar eine "Arbeiterbewegung", sondern u.a. Arbeiter in der NSDAP haben auf Arbeiter der KPD geprügelt und Arbeiter aus beiden extremistischen Parteien haben auf der Straße und im Reichstag u.a. gegen Arbeiter der SPD gekämpft, die Partei der sogenannten "Sozialfaschisten"

die Trägerin der Weimarer Republik, die als demokratischer Staat sowohl der NSDAP als auch der KPD verhaßt war.

Der ganze Band, das Vorwort von Otto Graeber ausgenommen, das hier gar nicht zur Diskussion steht, wird doch von einem unhistorischen "Antifaschismus"-Begriff durchzogen und die mitherausgebende kommunistisch beeinflusste VVN/BdA ist doch im Rahmen der kommunistischen Frontorganisationen die Trägerin der "Antifaschismus-Kampagne"! Das muß man sehen und wissen, daß Antifaschismus in diesem Sinne "Teil des Klassenkampfes" beinhaltet und die "Verteidigung der sozialistischen Staaten" mitumfaßt.

Zum Kontinuitätsvorwurf haben Sie schließlich schon den Finger in die Wunde gelegt: das von Ihnen benannte Zitat aus der Einleitung ist doch - mathematisch gesprochen - vor die Klammer gezogen, und es finden sich eine Reihe ähnlicher Suggestierungen. Die heutige Bundeswehr und die NATO haben aber auch gar nichts mit Hitlers Wehrmacht zu tun: jene war eine Angriffsarmee und dieses ist eine Verteidigungsarmee gegen mögliche Aggressionsabsichten der Sowjetunion. Wenn damit die gewesenen und potentiellen Opfer in einen Zusammenhang gesetzt werden, dann ist das eine üble Verdrehung!

Ich kann Ihnen nur raten, den "Heimatgeschichtlichen Wegweiser" noch einmal aufmerksam zu lesen und sich auch noch mehr Geschichtskennntnisse aus der Hitler-Zeit zu verschaffen. Ganz nebenbei würden Sie dann auch merken, daß es nach dem Pakt Hitler-Stalin vorübergehend keinen kommunistischen Widerstand mehr gegeben hat. So ist das, wenn diktatorische Führer Politik machen, und das ist natürlich noch heute ein Trauma der Kommunisten und soll im "Heimatgeschichtlichen Wegweiser" verschleiert werden. Die Herausgeber hätten sich lieber an das von Otto Graeber gewählte Zitat von Karl Jaspers halten sollen im Vorwort:

"Frieden ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich."

Ich habe dem nichts zuzufügen und bin

mit freundlichen Grüßen

1. 1. 1961

Ein Bild der Verdrängung und Verschüttung

Spurensuche in der Prinz-Albrecht-Straße, dem Ort, an dem NS-Verbrechen geplant wurden

Von Otto Jörg Weis (Berlin)

FR. 8.9.86

BERLIN (West), Anfang September 1986. Unkraut und Spontanvegetation überwuchern Trümmerberge und Sandhügel auf dem innerstädtischen Areal zwischen der Mauer und der Anhalter Straße, zwischen Wilhelm- und Stresemannstraße. Eine verlutete Gegend voller Gerümpel und Unrat. Zerbeulte Autoreifen dort, wo „Strapsharry's Autodrom“ bis vor kurzem fürs „Fahren ohne Führerschein“ geworben hat. Im aufgegrabenen Erdreich Stümpfe alter Mauern. Und mitten in dem Terrain ein Senator, der hier eine Pressekonferenz abhält, eigentlich nur, um immer wieder zu beteuern: Nichts werde geschehen an diesem Ort, jedenfalls nichts Einschneidendes und gar nichts Endgültiges.

Eine Momentaufnahme. Detail aus dem in den letzten Jahren deutlicher gewordenen Versuch, der jüngeren deutschen Geschichte näherzutreten in dieser Stadt. Achtzig Gedenktafeln und -stätten für Opfer der NS-Herrschaft hat die Stadtregierung dieser Tage einem Parlamentarier auf Anfrage aufgelistet, natürlich unvollständig. Über eine weitere Tafel am Reichstag mit den Namen der von den Nazis ermordeten Abgeordneten fehlt bloß noch die Entscheidung des Bundestagspräsidenten, ob auch die Parteizugehörigkeit der umgebrachten Parlamentarier — vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten — öffentlich vermerkt werden darf. Und der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hat zum 1. September endlich die Absicht bekundet, jenes Schullandheim am Großen Wannsee 56 bis 58, in dem am 20. Januar 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde, in eine Gedenk- und Begegnungsstätte umwidmen zu lassen; nach jahrelangem Drängen der Jüdischen Gemeinde, aber immerhin.

Nur hier, auf diesem zerwühlten und verwahrlosten Kreuzberger Areal, sind noch alle Bemühungen um Vergangenheits-„Bewältigung“ abgeprallt. Denn dort, wo heute auf der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße die Mauer steht, war vor vierzig Jahren Berlins fürchterlichste Adresse: Im Haus Nummer 8, der ehemaligen Kunstgewerbeschule, herrschte die Geheime Staatspolizei (Gestapo), darunter jahrelang auch Adolf Eichmann; im Haus Nummer 9 daneben, dem früheren Hotel Prinz Albrecht, hauste die Reichsführung der SS; um die Ecke in der Wilhelmstraße 102, im von Schinkel umgebauten Prinz-Albrecht-Palais, jener Sicherheitsdienst (SD) der Nazis, der die „allgemeinen Prinzipien“ des Terrors entwarf.

Hier saß „das Generalstabsquartier aller Verfolgungsinstanzen“, wie die Zeitzeugin Ursula von Kardorff in ihren Berliner Erinnerungen schreibt. In diesem Prinz-Albrecht-Komplex nistete, so der Literat Gerhard Schoenberger, „das Gehirn des Verbrechens. Von hier aus wur-

de die Jagd auf deutsche Antifaschisten und Widerstandskämpfer gelenkt, bevor noch der Krieg begonnen hatte. Hier saßen die Verantwortlichen für Dachau und Buchenwald, für Lidice und Oradour und die zahllosen russischen Ortschaften, von denen niemand spricht, weil es zu viele waren, um auch nur ihre Namen aufzuzählen; für alle Erschießungsstätten der jüdischen Bevölkerung von Babi Jar bis Kislowodsk und alle Vernichtungslager von Treblinka bis Auschwitz.“

Hier blickt in diesen Septembertagen West-Berlins Kultursenator Volker Hassemer (CDU), als er den Journalisten die Nicht-Entscheidung über die künftige Gestalt dieses Areals erläutert, immer wieder auf ein Dutzend Kränze am Boden der freigelegten Fundamente hinter der einstigen Adresse Prinz-Albrecht-Straße 8, auf die paar kleinen Blumensträuße dazwischen mit ihren zerknautschten Stengeln. Was sie bedecken, sind die Reste von Gestapo-Folterzellen. Von Verliesen, „als klebten Schreie an den Wänden“, wie Ursula von Kardorff 1944 nach einem Verhör notiert hat. Auch Hassemer hat diesen „schwierigen Ort“ einmal für formbar gehalten, vor zwei Jahren noch. Nun aber erklärt der 44-jährige, daß alle Bemühungen, einschließlich eines Architektenwettbewerbs, als „gescheitert“ zu betrachten seien; daß zur 750-Jahr-Feier Berlins im nächsten Jahr mehr als etwas Notdürftiges nicht zu erwarten sei; daß eine „schnelle Lösung“, um „dieses Thema endlich zu Ende zu bringen“, überhaupt nicht denkbar sei; mit einem „Denkmal“ schon gar nicht.

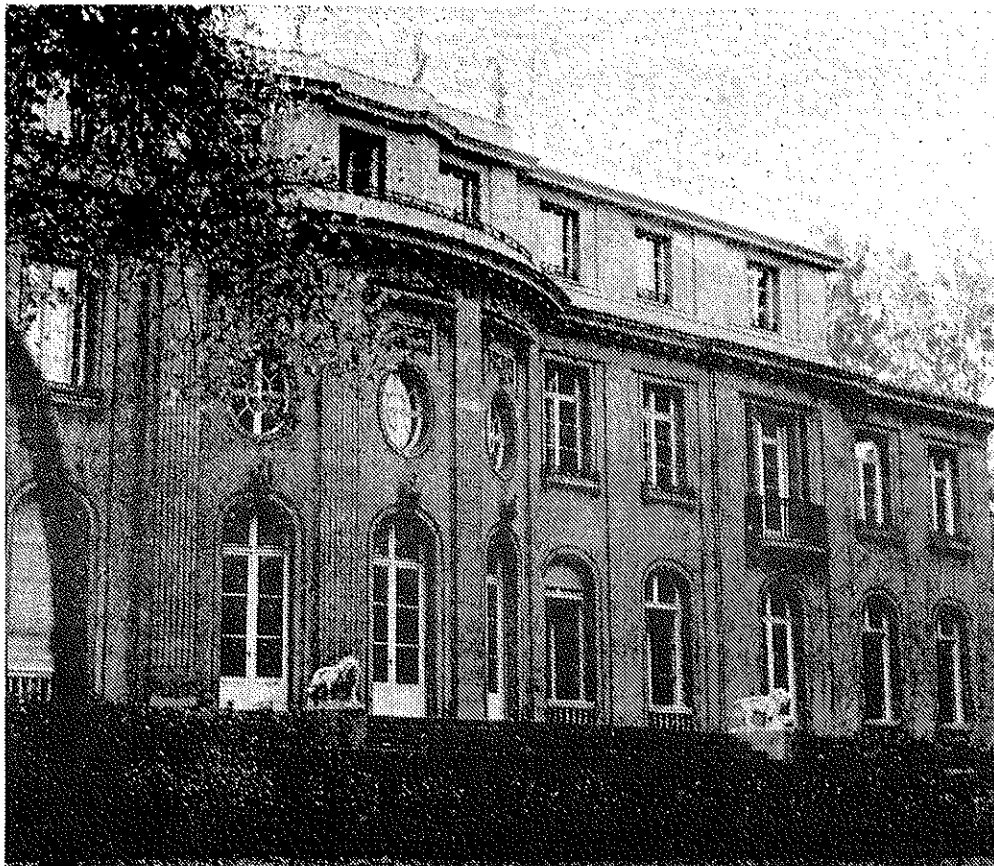
Eine Position von leiser Radikalität. Sie hält offen, sie quält weiterhin. Sie stellt sich quer zu den vielen Fluchtversuchen aus der Vergangenheit, wie sie so bezeichnend und überdeutlich abzulesen sind im Nachkriegsumgang mit eben diesem Areal. Es ist ja keineswegs ein Zufall gewesen, daß dieses Gelände 1945 nach der Befreiung vom Faschismus so ungeeignet als wilder Parkplatz genutzt werden konnte, einer Erdverwertungsgesellschaft als Schutthalde diente; daß am brüchigen Zaun ausgerechnet dieses Grundstücks jahrelang ungestört der Besitzer eines Etablissements für seine „Lachbühne“ werben konnte; daß das Bundesliegenschaftsamt, die Vermögensverwalterin des „Reiches“ also, unwidersprochen in den 50er und 60er Jahren die kriegsbeschädigten Ruinen einfach beiseite schaffen lassen konnte. „Abräumung von Verwaltungsgebäuden“, wie es damals hieß. „Auch die Zellenwände“, so Schoenberger, „dieses Häftlingskellers Prinz-Albrecht-Straße 8 mit den eingeritzten letzten Lebenszeichen der Besten unseres Volkes fielen der Zerstörungswut zum Opfer. Orte wie dieser werden überall in Europa als Reliquien gehütet, da man dort weder die Ermordeten noch die Mörder vergessen hat. Nicht so in diesem Land.“

Schnellstraßen sollten danach laufen über dieses Areal, Wohnblöcke entstehen des sozialen Wohnungsbaus, Bolzplätze für Kinder. Und die Vergangenheit dieses Areals wäre wohl in der Tat längst unter Beton begraben, hätten Ende der 70er Jahre nicht einige wenige Gehör gefunden mit ihrem Protest, weil — so der Stadtplaner Hardt-Walther Hämer — „dieser zentrale Ort unfassbar angefüllt ist vom Himmel bis zur Hölle und deshalb kein Nutz-Land mehr sein oder werden kann“.

Oder begraben unter Eisen. Denn als die Stadtregierung der Diskussion um dieses Areal nun wirklich nicht mehr auszuweichen vermochte, da schob sie 1982 die Sache einem Architektenwettbewerb zu. Der sollte ein „Mahnmal“ bringen, „angemessen und würdig“ in der Form, und an gleicher Stelle einen „Ort der Erholung“ für die arbeitenden Menschen aus der Südlichen Friedrichstadt. Etwas Erhabenes und etwas Praktisches zugleich jedenfalls. Keine der 193 eingereichten Arbeiten vermochte die Jury seinerzeit zu überzeugen. Der Ort entzog sich noch immer jedem ästhetischen Zugriff. Der Preis ging schließlich an zwei Bewerber, die das gesamte Terrain „versiegeln“ wollten mit Platten aus Gußeisen voller Dokumente des SS-Terrors. Im Sturm von Betroffenen und Interessenten ging diese Verschlusssache NS-Faschismus schnell unter. Eine Verwirklichung ist heute nicht mehr denkbar.

Fast überhaupt nichts mehr hat sich seitdem als denkbar erwiesen. Die Folterkeller sind freigelegt, die Fundamente an der Straßenflucht zur einstigen Prinz-Albrecht-Straße sind jetzt sichtbar; Reste von Sanitärräumen. An der Wilhelmstraße ist ähnliches vorgesehen, für die 750-Jahr-Feier soll das Gebäude „provisorisch“ ein bißchen hergerichtet werden, mit einem „provisorischen“ Ausstellungsgebäude. Ein von dem Erdverwertungsbetrieb hinterlassener Schuttberg soll liegenbleiben, als Aussichtspunkt bis über die Mauer und als Hinweis auf vierzig Jahre Verdrängung und Verschüttung.

Den besten Überblick über das gesamte Areal wird man im kommenden Jahr vom benachbarten Martin-Gropius-Bau aus haben. Dort findet die zentrale Ausstellung zum Stadtjubiläum statt. Wenn man aus den großen vier Fenstern jener Räume blickt, die die Rolle der Stadt im Faschismus widerspiegeln sollen, wird der Blick auf ein Gelände fallen, das gerade erst in seinen Umrissen „zurückhaltend“ (Hassemer) überhaupt wieder sichtbar sein wird. Beherrschen wird das Blickfeld noch immer der gewaltige Trümmerhaufen. Ein Schild im Vordergrund wird darauf hinweisen, was an diesem schwierigen deutschen Ort noch immer betrieben wird: „Spurensuche“.



Verschiedene Besitzer

Die Villa wurde 1914 für einen Kommerzienrat gebaut und fiel 1940 an eine NS-Stiftung, genauer: das Reichssicherheitshauptamt und die SS. Nach der von Göring betriebenen Konferenz in „Geheimer Reichssache“ unter Vorsitz des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD), SS-Obergruppenführer Heydrich, wurde das Gebäude der Reichspolizeiverwaltung übertragen.

Auch Neukölln hatte sich in den vergangenen Jahren gegen die Einrichtung der Gedenkstätte in diesem Hause, als Schullandheim ganzjährig genutzt, gewehrt. Gestern sagte Volksbildungsstadtrat Colell, das Bezirksamt habe den Gedenkstättenplänen jetzt einstimmig zugestimmt, erk

Tagesspiegel 2.9.86

Parkseite der berühmten „Wannsee-Villa“. In diesem Haus in der Straße Am Großen Wannsee 56/58, in dem Raum hinter der Terrassentür, wurde am 20. Januar 1942 von den Nationalsozialisten die „Endlösung der Judenfrage“, der systematische Völkermord, beschlossen. Nach jahrzehntelangen, immer wieder vergeblichen Bemühungen soll jetzt hier eine Gedenk- und Begegnungsstätte eingerichtet werden.

Foto: Archiv

Haus der Wannsee-Konferenz wird endgültig Gedenkstätte

Diepgen gab Entscheidung bekannt — Wo der Völkermord beschlossen wurde

Die Villa im Zehlendorfer Ortsteil Wannsee in der Straße Am Großen Wannsee 56/58, wo am 20. Januar 1942 die Nationalsozialisten in der berühmten Wannsee-Konferenz die „Endlösung der Judenfrage“, den systematischen Völkermord, beschlossen hatten, soll eine Gedenkstätte mit Dauerausstellung sowie ein Haus der Begegnung junger Leute aus dem In- und Ausland werden. Dies gab gestern der Regierende Bürgermeister Diepgen an Ort und Stelle bekannt. Er sagte, diese Einrichtung solle möglichst noch in der laufenden Legislaturperiode eröffnet werden, aber auf jeden Fall erst dann, wenn für das Neuköllner Schullandheim, seit 1952 dort untergebracht, eine andere Unterkunft gefunden worden ist.

Diepgen hat das Haus gestern in Begleitung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski, sowie des Neuköllner Volksbildungsstadtrates Colell besichtigt. Ein Konzept für die Gedenk- und Begegnungsstätte soll laut Diepgen mit Vertretern der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, der amerikanischen jüdischen Gemeinde, mit deutschen Politikern, Verbänden, Historikern und Museumsfachleuten erarbeitet und dann „auf breiter Basis diskutiert werden“.

Vorbehaltlich eines künftigen Konzepts soll nach den Worten des Regierenden Bürgermeisters in den Erdgeschoßräumen, dort, wo die berühmte Konferenz 1942 stattfand, eine Dauerausstellung mit Dokumenten, die an die Folgen des Konferenz-Beschlusses erinnern, gezeigt werden. Es sollten junge Menschen aus dem In- und Ausland sich in der Villa begegnen, um über Probleme der Toleranz gegenüber Minderheiten zu diskutieren.

Keine Vollständigkeit angestrebt

Diepgen sagte weiter, Berlin sei nicht nur der Ort gewesen, an dem nationalsozialistische Verbrechen „umgesetzt“ wurden, sondern auch Ort des Widerstandes dagegen. Die „intellektuelle Vorbereitung des Verbrechens“ müsse in einer Gedenkstätte in der Wannsee-Villa verdeutlicht werden, wobei allerdings keine „Vollständigkeit der Information“ erwartet werden könne, zumal sich das Deutsche Historische Museum auch mit diesem Thema befassen werde.

Wie berichtet, hatte sich die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses vor wenigen Wochen einstimmig für die Einrichtung der Gedenkstätte in Wannsee ausgesprochen. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Galinski, der sich seit vielen Jahren dafür einsetzte, äußerte gestern die Hoffnung, daß alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus dem Gedenkstättenplan ihre Zustimmung geben.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Momper, sprach auf Anfrage und unter Hinweis auf frühere Anregungen seiner Partei von einem „sehr vernünftigen“ Vorhaben. Für die FDP sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Fabig, jede Gelegenheit zur Bewältigung der Vergangenheit sei für Berlin wichtig; er nannte die Pläne in Wannsee „hervorragend“. Von einer „grundsätzlich begrüßenswerten Initiative“ sprach auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AL, Frau Kühnast.

Berliner
Volksblatt
2.9.86

Gedenkstätten nicht aufgelistet

Einen lückenlosen Katalog über die Berliner Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Entsprechende Bemühungen der Bezirke seien noch nicht abgeschlossen, heißt es in der Antwort des Kultursenators auf eine Parlamentarische Anfrage.

Soweit bekannt, existieren in der Stadt rund 80 Gedenktafeln und -steine, Plastiken und Mahnmale, die an die Verbrechen der Nazis und an einzelne Opfer erinnern. Gerade eingeweiht wurde die umgebaute Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße. Die über Berlin hinaus bekannteste Gedenkstätte dürfte die in Plötzensee sein.

Die Auflistung des Kultursenators nennt außerdem: die Gedenkstätte im Innenhof der Jüdischen Gemeinde; die Erinnerungsstätte im evangelischen Gemeindezentrum Plötzensee; die Ehrenhalle im Rathaus Charlottenburg; die Bildergalerie im Pommernsaal des gleichen Rathauses. Die meisten dieser Orte des Gedenkens sind nach Senatsangaben in einem guten Zustand. Za

Landespressedienst

BERLIN

Aus dem Senat

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62, Telefon: (030) 793 30 50

18. Juli 1986
Nr. 136 (UE-Lz)

Bildschirmtext des Presseamtes * 66000#

"GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND" IN NEUER GESTALT

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Einen großen Schritt voran macht der Ausbau der "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" in der Stauffenbergstraße. Die ständige Ausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus" ist etwa zur Hälfte fertiggestellt; neun Räume (von insgesamt 18) werden zum 42. Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

I

Der jetzt eröffnete Ausstellungsteil behandelt die Zerstörung der Weimarer Republik, das Programm und die Wirklichkeit des Nationalsozialismus, den Widerstand aus der Arbeiterbewegung und aus dem christlichen Glauben bis zum Kriegsbeginn, die Opposition von Militärs, Diplomaten, Liberalen und Konservativen, den Kreisauer Kreis und schließlich den gescheiterten Umsturzversuch vom Juli 1944. Zu den Bereichen, die im nächsten Jahr fertiggestellt werden sollen, gehören der Widerstand aus dem Exil, die "Weiße Rose", die "Rote Kapelle", der Widerstand von Juden und von Häftlingen und die Hilfe für Verfolgte.

Die Ausstellungsmacher entwerfen ein differenziertes Bild vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus: Während die überwältigende Mehrheit

der Deutschen das Regime unterstützt, "mitmacht" oder sich anpaßt, bleiben Verweigerung, non-konformes Verhalten und Protest bis hin zum Umsturzversuch die Sache weniger, meist einzelner. Deshalb stehen im Mittelpunkt der Ausstellung die Männer und Frauen des Widerstands vor dem Hintergrund der Bindungen und Traditionen, die ihr Gewissen prägten, ihre Ziele bestimmten und aus denen sie Mut, Kraft und Opferbereitschaft schöpften. Die Widerstandskämpfer werden nicht unkritisch heroisiert, aber auch nicht unhistorisch an heutigen politischen Maßstäben gemessen. Sie sollen vielmehr realistisch in ihrer Zeitgebundenheit gezeigt werden. Wer diese Zeit nicht selbst erlebt hat, muß herangeführt werden an das Verständnis für Menschen, die noch in den Vorstellungen des Kaiserreichs erzogen worden waren und einem übermächtigen Terrorregime gegenüberstanden.

Dabei werden Erläuterungen eher sparsam, Kommentare zurückhaltend gegeben. Die Ausstellung vertraut auf die Eindringlichkeit der Bilder und die Aussagekraft der Dokumente. Es gibt kein durchgehendes Präsentationsschema. Jeder Raum erhält durch Gestaltung und Leitbilder seinen eigenständigen Charakter, anklingend an das Milieu und die Traditionen, von denen er handelt.

II

1. Konzeption und wissenschaftliche Erarbeitung der Ausstellung (Sammlung, Auswahl und Erläuterung der Objekte) wurden Anfang 1983 Professor Dr. Peter Steinbach (Passau) übertragen. Für die Gestaltung wurde im August 1983 Professor Hans Peter Hoch (Stuttgart) berufen.

2. Der Bund als Eigentümer des sogenannten Bandler-Blocks hat dem Land Berlin für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand etwa 2.000 m², wovon die Ausstellung knapp die Hälfte einnimmt, mietfrei zur Verfügung gestellt, darunter die damaligen Diensträume des Oberkommandos des Heeres, während des Krieges des Allgemeinen Heeresamts und des Befehlshabers des Ersatzheeres. Der Vorläufer der GDW, die "Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße", war am 20. Juli 1968 auf rund 300 m² eröffnet worden.
3. Die Ausstellung wird im Endstadium über 1.500 Objekte zeigen. Weitere etwa 4.000 Bilder und Dokumente werden im Hinblick auf die vielfältigen Erwartungen an eine zentrale Gedenkstätte thematisch geordnet und erläutert in Mappen bereitliegen. Zur Zeit umfaßt die Ausstellung über 800 Objekte sowie sieben Mappen mit ca. 250 Objekten.
4. Für die Arbeit an der Ausstellung sind bisher rund 3,5 Mio DM ausgegeben worden. Weitere 1,4 Mio DM sind für das laufende und das kommende Haushaltsjahr veranschlagt. Bis Ende 1987 sollen alle Ausstellungsräume zugänglich sein.

- - - - -

Witzenhäuser Allgemeine 20.8.86

Treffen ehemaliger Zwangsarbeiter in Hess. Lichtenau

Gespräche stehen im Vordergrund

Hess. Lichtenau (gro). Die Vorbereitungen waren mühselig und zeitraubend – doch nun steht das Programm für das erste Treffen ehemaliger Zwangsarbeiter der Munitionsfabrik Hirschhagen, das vom 3. bis 5. Oktober in Hess. Lichtenau stattfindet. Es soll den Ehemaligen Gelegenheit

geben, Erinnerungen mit anderen Betroffenen auszutauschen, alte Kontakte neu zu beleben und dabei gleichzeitig auch ein Stück deutscher Geschichte aufzuarbeiten. Gisela Höfert, Initiatorin des Treffens, und Bürgermeister Ingo Geisler stellten die Planungen gestern der HNA vor

So ist am Freitag, 3. Oktober, eine Eröffnungsveranstaltung im Bürgerhaus geplant, in dessen Verlauf den Ehemaligen anhand von Dias die Entwicklung in Hess. Lichtenau nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt werden soll. Gleichzeitig soll der Abend aber vor allem auch dem ersten Kennenlernen dienen.

Fachleute vom Suchdienst und der Wiedergutmachungsstelle werden den früheren Zwangsarbeitern und Dienstverpflichteten am Vormittag des 4. Oktober Rede und Antwort stehen. Dabei soll auch zu medizinischen Spätfolgen Stellung genommen werden. „Bei der Organisation des Treffens habe ich gemerkt, wieviele Fragen die Leute doch immer wieder bedrücken“, erklärte Frau Höfert dazu. Sie hatte bereits im Frühsommer ein Vortreffen Ehemali-

ger in Hess. Lichtenau initiiert. Eine geführte Besichtigung von Hirschhagen wird im wesentlichen den Nachmittag desselben Tages ausfüllen. Darüber hinaus ist auch eine Gedenkfeier geplant. Abends soll den Gästen der Hirschhagenfilm vorgeführt und ihnen Gelegenheit zu einem Gespräch gegeben werden. Am letzten Tag des Treffens schließlich ist eine Diskussion zum Thema „Erinnern – warum und wie?“ vorgesehen.

156 Adressen

Bislang noch nicht bekannt ist, wieviele Ehemalige an dem Treffen teilnehmen werden. Allein in der Bundesrepublik hat Gisela Höfert 156 Adressen angeschrieben. Besuch wird aber auch aus den Niederlanden erwartet, wo die Zusammenkunft ebenfalls publik gemacht worden war. Ferner haben sich ehe-

malige Zwangsarbeiter aus Ungarn und Israel angekündigt.

Bei den Betroffenen – so Gisela Höfert – sei die Resonanz auf dieses Treffen bislang ausgesprochen positiv. Viele seien dankbar, daß man sich auch noch nach 40 Jahren an sie und ihr Schicksal erinnere und ihnen die Möglichkeit gebe, sich mit anderen Ehemaligen zu treffen.

Bürgermeister Geisler und Frau Höfert verhehlen allerdings nicht, daß die Ankündigung der Veranstaltung in der Lichtenauer Bevölkerung auch negative Reaktionen ausgelöst habe. Einige seien der Ansicht, daß man das Gewesene endlich ruhen lassen solle. Dabei gehe es keineswegs darum, jemandem die Schuld zuzuweisen oder „abzurechnen“, betonten Geisler und Frau Höfert einhel-

lig. „Das Treffen ist eine Darstellung dessen, was zur Geschichte unseres Volkes gehört“, erklärte Geisler. Deshalb sei die Stadt auch bereit, die Veranstaltung zu unterstützen.

Ehemalige Zwangsarbeiter, die an dem Treffen teilnehmen wollen, können sich mit Gisela Höfert, Himmelsbergstr. 15, in Hess. Lichtenau in Verbindung setzen. Gesucht werden von Frau Höfert, die in ihrer Arbeit im wesentlichen vom Lichtenauer Lehrer Jürgen Jessen unterstützt wird, auch noch alte Bilder aus jener Zeit. Sie werden für eine Fotowand benötigt, die anlässlich des Treffens aufgebaut werden soll. Schließlich fragen die Organisatoren auch danach, welche Lichtenauer Bürger bereit seien, für minderbemittelte Teilnehmer des Treffens ein Quartier zur Verfügung zu stellen.

Auf der Suche nach den Moorsoldaten

Die Emslandlager bieten die Möglichkeit, ganz in der Nähe anhand konkreter Beispiele die Geschichte des Nationalsozialismus, seine Ursachen und insbesondere seine Auswirkungen zu erforschen. Bis auf das Lager Esterwegen, dessen Name u. a. deswegen traurige Berühmtheit erlangt hat, weil der Friedensnobelpreisträger des Jahres 1935, Carl von Ossietzky, dort inhaftiert war, ist bis heute nur wenig über die Geschichte der Emslandlager bekannt. Dabei ist sie sehr gut geeignet, um an diesem regionalen Beispiel die Geschichte des Nationalsozialismus konkreter, faßbarer zu machen.

Als Mitarbeiter des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager (DIZ) möchte Angelika Kaus in Kursen der Volkshochschule Leer ab September anhand von Archiv- und Dokumentenmaterial, Ton- und Videocassetten (Interviews mit ehemaligen „Moorsoldaten“, wie die Gefangenen der Lager sich selbst nannten), die Struktur des NS-Regimes verdeutlichen, seine Auswirkungen speziell in der Region Emsland/Ostfriesland sowie Möglichkeiten und Formen des Widerstandes darstellen.

Außer in Leer selbst wird in der VHS-Außenstelle Rhau-derfehn, in dem Ende August erscheinenden VHS-Programm, ein entsprechendes Kursangebot zu finden sein. Die Beschäftigung mit diesem Thema soll dazu beitragen, undemokratische Entwicklungen hier und heute schon im Ansatz zu erkennen und ihnen wirksam entgegenzutreten zu können. Fragen und Probleme der Gegenwart, wie z. B. die Diskriminierung von Menschen aus dem Ausland oder die Kriminalisierung der Friedens- und Antiatomkraftbewegung, werden daher mit einbezogen.

Das Seminar soll ergänzt werden durch zwei Exkursionen (Zeit nach Vereinbarung): einmal ist der Besuch der Ausstellung „Geschichte der Emslandlager“ im „DIZ“ in Papenburg geplant, zum andern eine Fahrt zum Gelände des ehemaligen „Lagers II“ in Aschendorfermoor.

Am 24. und 25. Januar 1987 ist dann ein Wochenendseminar in Burlage vorgesehen. Die Bildungs- und Freizeitstätte „Alter Brunel“ in Burlage bietet sich als hervorragender Tagungsort zur Vertiefung und Ergänzung des oben angegebenen Kurses an. Aber auch ohne die Teilnahme an dem vorangegangenen Kurs bietet sich Interessierten hier die Möglichkeit, die Geschichte der Emslandlager aus nächster Nähe zu betrachten. Im Umkreis von 15 km liegen allein drei Standorte ehemaliger Lager, die während einer Rundfahrt an diesem Wochenende besucht werden sollen, außerdem der „Gedenkfriedhof Esterwegen“.

Ergänzt wird das Programm durch einen kleinen Vortrag über Torfstich und Moorkultivierung sowie – damit verbunden – über die wirtschaftliche Bedeutung der Emslandlager (in denen die Gefangenen ja vor allem zur Zwangsarbeit im Moor eingesetzt wurden).

Über die Entstehungsgeschichte des „Moorsoldatenliedes“ wird ebenso berichtet werden wie über andere Arten (verbotener) künstlerischer Arbeit in den Moorsoldatenlagern sowie über die Bedeutung solcherart Betätigung für den Widerstand, das Überleben.

Kontakt:

Angelika Kaus

Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager

Postfach 1511

2990 Papenburg

Tel. 04961 / 4971

Emslandlager dürfen nicht in Vergessenheit geraten

Aktionskomitee stellte in Börgermoor Informationstafel auf

Papenburg. — „Nie wieder Faschismus!“ Unter diesem Motto stellte das Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e. V. (DIZ) am 1. September anlässlich des 47. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Börgermoor eine Informationstafel auf. Sie soll an die „Unmenschlichkeit im Nationalsozialismus“ erinnern.

Im Rahmen einer Gedenkfeier wurde das Gedicht „Drei Minuten Gehör“ von Kurt Tucholsky vorgetragen, das entschieden vor jeder Art des Faschismus warnt. Der erste Vorsitzende des DIZ, Prof. Dr. Werner Bolt, verurteilte in seiner Rede, daß eine vom Aktionskomitee im Jahre 1984 aufgestellte Informationstafel von Unbekannten zerstört wurde.

Zum Schluß der kurzen Feierlichkeiten trugen einige Jugendliche das im KZ Börgermoor entstandene Widerstandslied „Die Moorsoldaten“ vor. Ursprünglich stand auch die Rede eines ehemaligen KZ-Häftlings auf dem Programm, der allerdings aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnte.

Das Aktionskomitee Emslandlager e. V. warnt in einer Presseerklärung davor, die Konzentrationslager im Emsland in Vergessenheit geraten zu lassen: Das Lager Börgermoor war das erste von insgesamt 15 Lagern, die die Nationalsozialisten von den Gefangenen selbst im Emsland bauen ließen. Der Bau begann im Juni 1933. Etwa 1000 Menschen sollten hier eingesperrt werden. In zwei Baracken des dem preußischen Staat gehörenden Wirtschaftshofes wurden zunächst 100 politische Gefangene, größtenteils handwerklich ausgebildete Männer, untergebracht und zum weiteren Ausbau des Lagers eingesetzt.

Bereits Anfang August war die ca. 500 m lange Zufahrtsstraße zum Lager fertiggestellt, das etwa vier ha große Lagergelände hergerichtet, zehn Baracken für je 100 Gefangene aufgebaut und der Gefangenenbereich des Lagers vierfach umzäunt. Die Bewachung erfolgte durch Angehörige der SA und SS. Mord und Mißhandlungen gehörten zum Lageralltag.

Der Zweck der Emslandlager bestand im Einsatz der Häftlinge als Zwangsarbeiter zur Kultivierung der Moore.

Dabei wurde bewußt auf Maschinen verzichtet, um die Häftlinge durch den Torfabau mit der Hand zu schinden. In den 15 Lagern starben weit über 17 000 Menschen.

Daß diese Tatsachen über die Emslandlager nicht der Verdrängnis unterliegen und in Vergessenheit geraten, ist auch der Initiative von Privatpersonen zu verdanken.

Eine Papenburger Gruppe entwickelte die Konzeption für ein Zentrum, das nicht nur Gedenkstätte sein, sondern vor allem der Information und politischen Bildung dienen sollte. So wurde im April 1981 das „Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum e. v.“ mit Sitz in Papenburg gegründet.

EZ
6.9.86

Mahnmal beschmiert

Börgermoor. — Nach Auskunft der Kripo Papenburg beschmierten „unbekannte“ Täter, das erst am 1. September aufgestellte Mahnmal in Börgermoor. Die Gedenktafel an die ehemaligen Inhaftierten der Konzentrationslager im Emsland wurde völlig mit grüner Farbe übergetüncht.



UM AN DIE Unmenschlichkeit eines Stückes deutscher Geschichte zu erinnern, stellte das Aktionskomitee Emslandlager e. V. anlässlich des 47. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Börgermoor diese Informationstafel auf.

Mai/Juni '86

KONZENTRATIONSLAGER VOR DER HAUSTÜR- Außenlager Neuengamme des KZ Neuengamme -

Am 15. April, vor 41 Jahren wurden die überlebenden Frauen des Außenlagers Neuengamme im KZ Bergen-Belsen von englischen Truppen befreit. Viele Frauen starben noch nach der Befreiung an Unterernährung, Typhus und an den Körperschäden, die sie durch die brutale Behandlung in den verschiedenen Lagern erlitten.

Als wir, eine Gruppe von Bürgern in der Fischbeker SPD, im April 1983 anfangen, die Geschichte des Außenlagers Neuengamme zu erforschen, war dieses Lager vollkommen in Vergessenheit geraten. Mit einer Ausstellung, die 1984/85 in Schulen, der Neuengammer Bücherhalle und im Stadtmuseum (Helms-Museum) gezeigt wurde, legten wir ein Zwischenergebnis unserer Forschung vor. Die Gespräche und die Briefkontakte mit über zwanzig überlebenden Frauen, die zahlreichen Berichte von Bürgern aus Neuengamme und Harburg und die Suche in Archiven geben heute ein klares Bild von dem Konzentrationslager vor der Haustür.

Dem Konzentrationslager Neuengamme waren auch Rüstungsbetriebe angegliedert, denn die Häftlinge waren für die Firmen auch billige Arbeitskräfte. Der Ersatz für Kranke oder Schwache wurde von der SS immer sofort nachgeliefert. Da es immer schwerer wurde, die Häftlinge zu den Arbeitsplätzen zu transportieren (fehlende Transportmittel und Kraftstoffe), wurden die Häftlinge in der Nähe der Arbeitsplätze untergebracht. In kürzester Zeit entstanden in ganz Deutschland eine Vielzahl von kleinen Lagern mit 250 bis 3000 Häftlingen, die von großen Konzentrationslagern verwaltet wurden. Allein das KZ Neuengamme hatte 60 bis 70 solcher Außenlager in Hamburg, im norddeutschen Raum und in Dänemark.

Neuengamme, das Lager am Falkenbergsweg, war eines davon. Von September 1944 bis Februar 1945 waren hier fünfhundert Frauen in zwei Wohnbaracken eingepfercht. Die meisten Frauen wurden mit ihren Familien 1941 in der Tschechoslowakei verhaftet, weil sie Juden waren. Sie wurden nach Theresienstadt, der Stadt, die der "Führer" den Juden schenkte, gebracht. Aus diesem Lager wurden sie 1943/44 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert.

Der Tötung durch Giftgas - wie es die Endlösung vorsah - entkamen sie, weil die deutsche Kriegswirtschaft alle verfügbaren Kräfte für den Endsieg brauchte und Josef Mengele sie für das Programm "Vernichtung durch Arbeit" aussortierte. Vater, Mutter und jüngere Familienmitglieder wurden im Gas vernichtet. Die 500 Frauen, einige waren erst 13 und 14 Jahre alt, kamen im Juli 1944 nach einer langen Fahrt in Viehwaggons der Reichsbahn in Hamburg an und wurden in einem Speicher im Hafen untergebracht. Im September kamen sie dann nach Neuengamme.

Die Frauen wurden in Neuengamme, beim Bau der Behelfsheimsiedlung für ausgebombte Hamburger (Falkenbergsiedlung), der Platten- und Hohlblocksteinherstellung, beim Kiesabbau und Kiestransport, zur Trümmerbeseitigung in Harburg und Buxtehude, Straßen- und Wasserleitungsbau und beim Ausschachten von Bunkern und Panzergräben eingesetzt. Die Firmen zahlten der SS 4,- RM pro Tag und Gefangene für die Arbeitsleistung. Die am Ort wohnende Bevölkerung

konnte die Frauen bei der Arbeit und auf den Arbeitswagen sehen. Die Vorarbeiter und Meister der Firmen hatten zu ihnen sogar Kontakt. Nach 1945 hat es sehr viele Menschen gegeben, die hätten berichten können.

Die Nazis hatten die Frauen äußerlich zu Untermenschen gemacht: Kleidung der Vergasteten von Auschwitz, die Mäntel mit verschiedenfarbigen Ärmeln, teilweise ein großes gelbes Rechteck auf dem Rücken und einen Davidstern vorne am Mantel. Sie fielen überall auf und jede Flucht war zwecklos. Die Füße waren mangelhaft mit Holzpantinen bekleidet. Untergebracht waren sie in einem mit Stacheldraht umzäunten Lager, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen in viel zu engen Räumen eingepfercht wurden, völlig unzureichend mit Lebensmitteln und Kleidung versorgt waren und auch noch der Brutalität einiger Bewacher und des SS-Lagerkommandanten Klemm ausgesetzt waren.

Im Prozeß gegen die ehemaligen Bewacher im Jahre 1946 berichtet eine Überlebende:

"Ich lebte in Block III, der aus sechs großen und zwei kleinen Räumen bestand. Die großen Räume waren ungefähr 6 x 4 m groß. In jedem dieser Räume schliefen ca. 25 Frauen. Die kleinen Räume waren ca. 1,5 x 4 m groß. In einem der kleinen Räume wohnten die vier Blockführerinnen. In den Räumen wohnten zu viele Leute. Wir schliefen in hölzernen Betten mit nur einer Decke. Die Mahlzeiten waren sehr schlecht gekocht und absolut nicht ausreichend. Frühstück; ein sehr schlechter Kaffee, Mittag; nichts. Zum Abendessen gab es eine dünne Suppe, ca. 200 gr. Brot, 2 gr. Margarine und eine Scheibe Wurst."

In dieser Zeit gab es Bürger, hauptsächlich Frauen, die den gefangenen Frauen das Los etwas erleichterten und ihnen Lebensmittel oder Küchenabfälle gaben oder am Arbeitsweg versteckten. Auch wenige Bewacher, in der Hauptsache ältere Zollbedienstete, die zur Bewachung abkommandiert waren, halfen, auch unter der Gefahr, selbst verhaftet zu werden.

In Auschwitz wurden die Frauen, weil sie jung und kräftiger waren als andere Häftlinge für das Programm "Vernichtung durch Arbeit" aussortiert. Sie entkamen den Gasöfen meistens als einzige von großen Familienverbänden. Aber viele starben noch bei der Arbeit in Hamburg, in den Lagern Dessauer Ufer (Veddel), Neugraben und Tiefstack oder später im KZ Bergen-Belsen.

Seit dem 16. April 1985 erinnerte eine schlichte Gedenktafel an das Außenlager Neugraben - von dem nur noch wenige, von Gras überwucherte Fundamente zu sehen sind.

Heiner Schultz

Zum Tode von Adalbert Rückerl

Der Gesellschaft die Augen über die NS-Greuel geöffnet

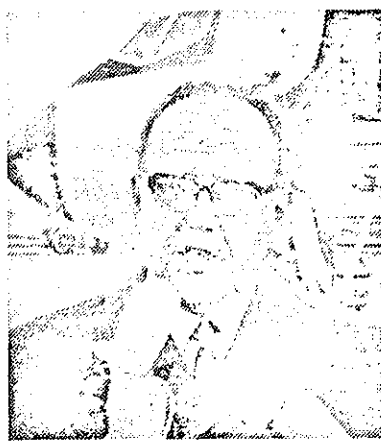
Adalbert Rückerl, der jetzt 61jährig und seit 1984 im Ruhestand lebend, gestorben ist, hat das Licht der Öffentlichkeit nie gesucht. Als Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg geniet er jedoch zwangsläufig in die Schweinwerferkegel, mit denen die Medien im Ausland wie im Inland ausleuchten, wie die Bundesrepublik die NS-Vergangenheit aufarbeitet.

Scheu davor, seine Arbeit der Kritik zu unterwerfen, brauchte er nicht zu haben. Der Leitende Oberstaatsanwalt, der selbst Soldat und Kriegsgefangener gewesen, 1953 Staatsanwalt, 1961 zur Zentralen Stelle gekommen und 1966 ihr Leiter geworden war, rackerte sich in der Erfüllung seiner Aufgabe ab und ließ nichts unversucht, um die entsetzlichen Verbrechen der NS-Zeit aufzuklären und die Verbrecher der gerichtlichen Ahndung zuzuführen.

Die Zentrale Stelle war 1958 als gemeinschaftliche Einrichtung der Landesjustizverwaltungen ins Leben gerufen worden, weil nach dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß offensichtlich geworden war, daß vor allem im Osten schwerste Verbrechen begangen waren, deren Aufklärung nicht länger mehr dem Zufall der Strafverfolgung überlassen werden durfte. Die Ludwigsburger Zentralstelle erhielt den Auftrag, alle erreichbaren Unterlagen über die Verbrechen zu sammeln und zu sichten, die voneinander abgrenzbaren Tatkomplexe herauszuarbeiten und den Verbleib der Täter festzustellen.

Anklagebehörde war und ist diese Stelle nicht. Es war deshalb falsch, wenn man Rückerl im Ausland als Chefankläger für NS-Verbrechen bezeichnete. Da die Zentrale Stelle keine Staatsanwaltschaft ist, muß sie die Sache nach den Vorermittlungen jeweils an die jeweils zuständige Staatsanwaltschaft zur Vornahme der weiteren Ermittlungen abgeben. Die Ludwigsburger Behörde brachte jedoch Systematik in die Ermittlungen und sorgte dafür, daß alle einschlägigen Informationen und Erkenntnisse ausgewertet und der Strafverfolgung nutzbar gemacht werden konnten.

Nur auf der Grundlage dieser breiten systematischen Erfassung war es möglich, Licht in das Dunkel zu bringen, das die NS-Verbrechen und ihre Täter damals und noch lange Zeit umgab. Je mehr sich die Arbeit der Zentralen Stelle bewährte, um so zurückhaltender äußerte sich die Kritik und wuchs — auch im Ausland — die Anerkennung für die geleistete Arbeit. Nachdem man in ihr zunächst ein Feigenblatt gesehen hatte, mit dem die Bundesrepublik ihre Blöße zudecken wollte, wurde sie später zu einer Art Aushängeschild und zu einem Symbol des Rechtswillens der Bundesrepublik hochstilisiert. Rückerl, der die Position des Leiters in einer dramatischen Situation übernommen hatte (gegen sei-



Dr. Adalbert Rückerl im Jahre 1968 nach Rückkehr von einer Auslandsreise.

nen Vorgänger hatte man von polnischer Seite Beschuldigungen vorgebracht, die dessen Glaubwürdigkeit in Zweifel zogen), hat sich stets dagegen gewehrt, ebenso wie gegen die abträglichen Bemerkungen, mit denen man immer wieder den Wert der Arbeit in der Zentralen Stelle in Frage zu stellen versuchte. Von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Bundesrepublik die NS-Verbrecher um ihrer eigenen moralischen Glaubwürdigkeit willen verfolgen mußte, hat er hartnäckig und beharrlich alles Menschenmögliche

getan, um aus den unterschiedlichsten Quellen — z. B. aus Literaturhinweisen, Prozeßakten, Stellenbesetzungslisten, Organisationsverfügungen oder auch nur Telefonverzeichnissen — tatverdächtige Personen zu ermitteln und zu identifizieren. In Vorträgen auf zeitgeschichtlichen Tagungen sprach, in Publikationen schrieb er darüber.

Als ich Adalbert Rückerl ungefähr ein Jahr vor seinem Tode auf einer solchen Tagung traf, drückte er mir sein Vortragsmanuskript in die Hand. Wir hatten uns des öfteren über die Versäumnisse und Fehlgriiffe unterhalten, die der Justiz bei der Verfolgung der NS-Verbrecher unterlaufen waren. Nun wies Rückerl auf eine Stelle hin, in der er gesagt hatte, mit der Strafverfolgung der NS-Verbrechen sei die Justiz vor eine Aufgabe gestellt worden, wie sie Rechtspflegeorgane noch nie zu lösen hatten. Und er fügte hinzu, die 40jährige Geschichte der NS-Prozesse sei nicht bloß eine solche der Versäumnisse und Fehleinschätzungen gewesen, sondern auch eine Geschichte des guten Willens. Man kann ihm da nur beipflichten.

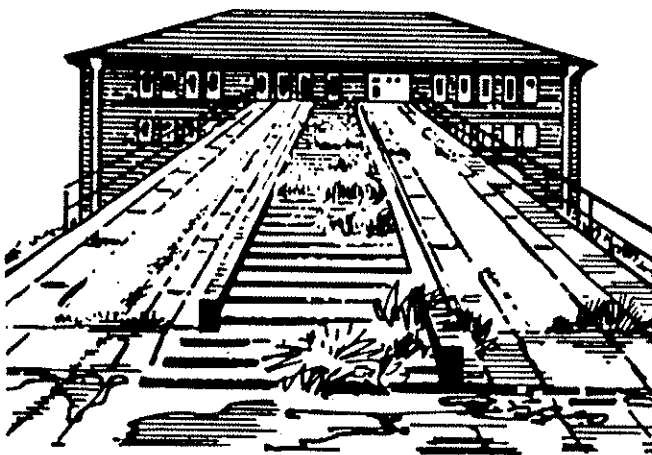
Mir scheint freilich, es sei an der Zeit auszusprechen, daß Adalbert Rückerl nicht nur ein Mann des Willens, sondern auch der Tat war. Die Mittel der Strafrechtspflege zur Ahndung von Massenverbrechen sind nur begrenzt. Adalbert Rückerl hat jedoch durch seine Arbeit wie durch sein publizistisches Wirken mitgeholfen, breiten Kreisen der Bevölkerung die Augen über die Wirklichkeit des Nazisystems zu öffnen und die Behauptung zu widerlegen, es habe sich bei den Greuelaten um Ausnahmefälle gehandelt. Das ist ein Beitrag zur politischen Bewußtseinsbildung, der nicht geringgeschätzt werden darf. Da der Aufbau unserer demokratischen Staatlichkeit auf der entscheidenden Abkehr von Nazismus und seinem Ungeist beruht, ist er auch der Festigung der rechtsstaatlich-demokratischen politischen Kultur in unserem Lande zugute gekommen. So gesehen hat sich ein Mann wie dieser mutige, unerschrockene Staatsanwalt wahrhaft um die Republik verdient gemacht.

Rudolf Wassermann

Das Parlament 2.8.86

D VERANSTALTUNGEN

EIN PROJEKTTAG IM EHEMALIGEN KZ NEUENGAMME

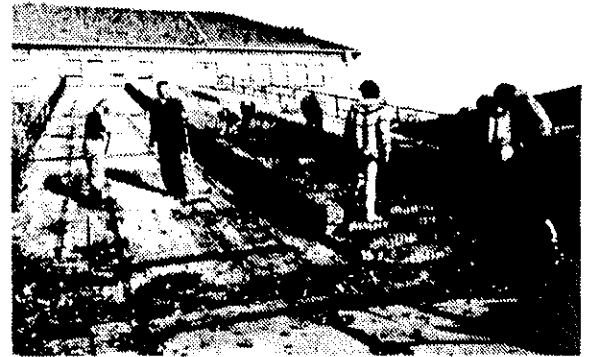
DARÜBER DARF
KEIN GRAS WACHSEN

Zeichnung: Manfred Lohse

MÖGLICHKEITEN DES AKTIVEN GEDENKENS

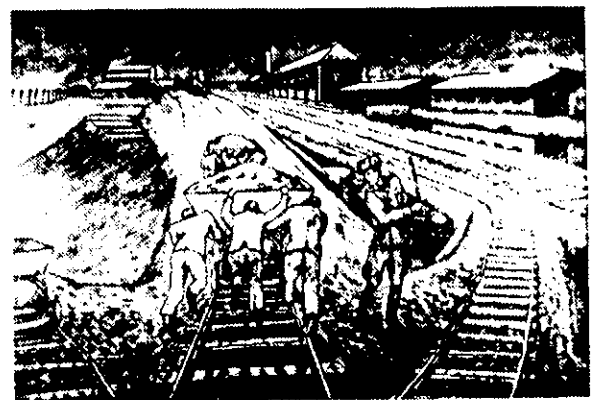
Gruppen, die die KZ-Gedenkstätte besuchen möchten, haben die Möglichkeit, sich im Rahmen von Führungen und Gesprächen mit dem Museumspädagogischen Dienst, der Ausstellung im Dokumentenhaus und des von Jugendlichen während des Internationalen Friedensworkcamps errichteten Rundweges um das Gelände sowie anhand von Filmen über die Geschichte des KZ Neuengamme zu informieren. Darüberhinaus soll jetzt eine weitere Möglichkeit geschaffen werden: durch praktische Arbeit können Gruppen an der Instandhaltung einzelner Teile der Gedenkstätte mitwirken - hier kann Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes noch greifbar werden - und sich mit Hilfe von Dokumenten, alten Fotos und Häftlingsberichten konkret mit diesem Teil des KZ näher beschäftigen.

Wir glauben, daß die Verbindung von praktischer Beschäftigung mit dem Gelände und ergänzenden geschichtlichen Informationen ein intensiveres Kennenlernen der Gedenkstätte ermöglicht, zu konkreten Fragen herausfordert und eine selbstständige Auseinandersetzung anregt. Durch eine konkrete Aktion, die praktische und theoretische Elemente miteinander verbindet, soll daneben ein zeichenhafter Beitrag gegen das Vergessen gesetzt werden - in dem Sinne, daß über das Unrecht von Neuengamme kein Gras wachsen darf.



Gruppe beim Säubern der "Rampe"

Ein konkreter Arbeitsbereich ist z.B. die Instandsetzung der Tongrube, die Jugendliche des Internationalen Work-Camps 1983 rekonstruiert haben.



Häftlingszeichnung

In der Zeit des Konzentrationslagers arbeiteten ständig zwischen 600-1200 Häftlinge unter schwersten Bedingungen in den Tongruben; der ausgehobene Ton wurde anschließend in Kipploren zum Klinkerwerk geschoben und dort verarbeitet.

PROJEKTTAG :

Ein solcher Tag könnte folgenden A b l a u f haben:
dieser Zeitplan versteht sich lediglich als An-
regung und kann individuell verändert werden.

- 9.15 h Begrüßung der Teilnehmer(innen) und kurze
Einführung am Lagermodell im Dokumentenhaus
- 10.00 h Gang über das Gelände zum jeweiligen Arbeits-
ort
Informationen über die Bedeutung dieses
konkreten Ortes in Bezug auf die Geschichte
des KZ sowie über die Zeit nach 1945
- 12.30 h Gemeinsame Mittagspause
- 14.00 h Inhaltliche Beschäftigung mit dem Ort, an dem
vormittags gearbeitet wurde, anhand von Fotos,
Dokumenten, Häftlingsberichten
- 16.00 h Abschlußgespräch

ZUR ORGANISATION:

Um eine ganztägige Betreuung gewährleisten zu
können, ist es notwendig, daß sich Gruppen ungefähr
4 Wochen vor dem geplanten Projekttag mit der angege-
benen Kontaktadresse in Verbindung setzen.

ARBEITSMATERIAL und WERKZEUG wird gestellt.

ARBEITSKLEIDUNG und VERPFLEGUNG muß selbst mitge-
bracht werden.

Der Projekttag ist kostenlos.

ANMELDUNG

Datum des Projekttages: _____

Evtl. Ausweichtermin: _____

Schule/Verband/o. ä.: _____

Anzahl der Personen: _____

Alter: _____

Kontaktadresse: _____

Besondere Interessen: _____

Datum/Unterschrift: _____

KONTAKTADRESSE:

Freiwillige der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
- Neuengamme -

Dokumentenhaus Neuengamme
Neuengammer Heerweg
2050 Hamburg 80
Tel. 040/723 10 31

E Literaturhinweise

- Bundesminister der Finanzen, Walter Schwarz (Hg.): Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland. 6Bde, Verlag C.H.Beck, München (zus. etwa 440.- DM).
- Porsche, Dr. Körbel und die Kirche in Wolfsburg, Hg.: Arbeitskreis kirchlicher Mitarbeiter, (Ev-luth. Pfarramt Beienrode, 3308 Königslutter) Ostern 1986.
- Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten: Aufgaben und Zukunft der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Beschlossen am 26.2.86, zu beziehen über: SPD-Bundesvorstand. Salzgitter, 1986.
- Gerd Wysocki: Das KZ-Drütte, (zu beziehen über: Arbeitskreis Stadtgeschichte Salzgitter, Schlopsweg 64, 3320 Salzgitter 51) Salzgitter, 1986.
- Komitee Dokumentationsstätte Drütte: Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte, Konzeption, Argumente, Salzgitter, 1986 (zu beziehen: s.o.).

**AUFMACHEN
Geheimpolizei**

ai

Gestaltung:
Melchior Schedler

**Ausstellung von
amnesty international**

Vom 12. 10. - 14. 11. 86 im

**KREISMUSEUM
WEWELSBURG**
Tel.: 02955-6108

... Setzen Sie sich! Ja - Sie! Nun los! Dahin!
Aber, was soll das?
- Das werden Sie gleich sehen.
Erlauben Sie mal - !
- Ich erlaube gar nichts.
Wer gibt Ihnen das Recht - ?
- Das haben wir schon: § 1115 Strafprozeßordnung -
Dann verlange ich sofort einen Anwalt. Kann ich einen anrufen?
- Bitte. Aber nicht von hier.
Von wo aus denn?
- Von einer Telefonzelle zum Beispiel.
Wie soll ich dahin kommen?
- Ihre Sache. Ich lasse Sie, jedenfalls nicht weg.
Aber - ?!
- Schluß jetzt! Antworten Sie präzise auf meine Fragen!

...